

Politik kompakt

NIGERIA

Militärs: Befreiungsaktion für Mädchen zu riskant

Sechs Wochen nach der Entführung von mehr als 200 Schülerinnen in Nigeria hat das Militär nach eigenen Angaben ihren Aufenthaltsort ausfindig gemacht. Eine gewaltsame Befreiungsaktion sei aber nicht geplant, weil sie das Leben der Mädchen in Gefahr bringen könne, sagte Luftwaffenchef Alex Badeh am Montag in der Hauptstadt Abuja. Die Islamistengruppe Boko Haram hatte Mitte April in Chibok im Nordosten des Landes fast 300 Schülerinnen verschleppt. Einigen Mädchen gelang die Flucht, noch immer sind aber 223 in der Gewalt der Gruppe. Die Gruppe ist bereit, einige Mädchen im Gegenzug für die Freilassung von Gesinnungsgenossen laufen zu lassen – zuletzt gab es Signale der Militärs, darauf eventuell einzugehen. (afp, dpa)

FINANZSKANDAL UND WAHLDEBAKEL

Rücktritte: Frankreichs Konservative am Abgrund

Die konservative Partei des früheren französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy tauscht die komplette Führungsspitze aus. Bei einer Krisensitzung beschloss der Vorstand der UMP, die Geschäfte des bisherigen Parteichefs Jean-François Copé übergangsweise in die Hände der früheren Premierminister Alain Juppé, Jean-Pierre Raffarin und François Fillon zu legen. Hintergrund der UMP-Krise ist neben dem schwachen Abschneiden bei der Europawahl die Überweisung von Parteigeldern in Millionenhöhe an eine Kommunikationsagentur, die von Vertrauten Copés geführt wird. Es besteht der Verdacht, dass mit den Mitteln auf illegale Weise Ausgaben für den Wahlkampf von Nicolas Sarkozy im Jahr 2012 finanziert wurden. (dpa)



Rücktritt: Copé gibt auf. Foto: afp

SYRIEN

Rätselhafter Angriff auf Chemiewaffen-Inspekture

Im Bürgerkriegsland Syrien ist ein Konvoi mit UN-Mitarbeitern und Chemiewaffeninspektoren angegriffen worden. Nach Angaben der Organisation für ein Verbot der Chemiewaffen (OPCW) blieb das Team bei dem Sprengstoffanschlag unverletzt. Erste Meldungen des Außenministeriums in Damaskus über eine Entführung wurden demontiert. Die Experten waren am Dienstag unterwegs zu einem Ort, an dem Chlogas eingesetzt worden sein soll. Syriens Regierung machte „Terroristen“ für den Angriff verantwortlich. Die oppositions-nahen Menschenrechtsbeobachter deuteten ein Manöver der Regierung an, um weitere Untersuchungen zu verhindern. (dpa, afp)

SUDAN

Zum Tode verurteilte Frau bringt Kind zur Welt

Eine wegen ihres christlichen Glaubens zum Tode verurteilte junge Frau im Sudan hat im Gefängnis ein Kind zur Welt gebracht. Die 27-Jährige werde vermutlich zwei Jahre lang ihre kleine Tochter stillen und betreuen können, bevor das Urteil vollstreckt werde, berichtete die Sudan Tribune unter Berufung auf die übliche Praxis der Justiz im Sudan. Ein Kriminalgericht in Khartoum hatte Mariam Dschahia Ibrahim Ischak am 15. Mai wegen „Gotteslästerung“ und „Glaubensabtrünnigkeit“ zum Tode durch Erhängen verurteilt. Sie könne dem nur entkommen, wenn sie ihrem Glauben abschwöre und zum Islam zurückkehre. Das verweigerte die Frau, die mit einem Christen verheiratet ist. (dpa)



Ex-Jungpolitiker Raphael Brandmiller: Der 33-Jährige hat in kürzester Zeit erst in der SPD und dann bei den Grünen Karriere gemacht und mit vielen Aktionen tausende junger Menschen für Politik begeistert. Doch inzwischen gehört auch er zu der Mehrheit der jüngeren Generation, die mit Parteipolitik immer weniger etwas anfangen kann. Foto: Ulrich Wagner

Keinen Bock auf die Ochsentour

Hintergrund Die Mitglieder der Volksparteien sind im Schnitt 59 Jahre alt, jüngere kommen kaum noch nach. Betroffene erzählen, warum sich Parteien und Jugend immer mehr fremd werden und das für die Gesellschaft zum Problem wird

VON JAN KANDZORA

Augsburg Wenn Raphael Brandmiller über das Parteiensystem spricht, in dem er es ziemlich weit gebracht hat, fallen harte Sätze. Zum Beispiel: „Die Strukturen der Parteien haben sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kaum geändert, sie sind festgefahren.“ Oder auch: „Viele junge Leute, die in politische Organisationen eintreten, hätten es kaum zum Klassensprecher gebracht.“ Und: „Vieles an der Basisarbeit ist langweilig. Ich habe noch nie ein Wahlplakat geklebt.“

Brandmiller, der jünger aussieht als die 33 Jahre, die er alt ist, hat mehr als ein Jahrzehnt politischer Laufbahn hinter sich. Er war Mitglied der SPD und später der Grünen und findet, dass die Parteien selbst schuld daran sind, an einer Entwicklung, die ihnen zu schaffen macht: Ihnen gehen die Mitglieder aus.

Heute haben die Volksparteien CDU und SPD jeweils rund 470.000 Mitglieder. 1990 waren es noch fast doppelt so viele. Das hat weniger damit zu tun, dass so viele Menschen austreten – es liegt daran, dass so wenige nachkommen. Mitglieder der Linkspartei sind im Schnitt 60 Jahre alt, die von CDU, CSU und SPD durchschnittlich 59. Jünger, wenn auch nicht gerade jugendlich, sind die Mitglieder der Grünen mit 48 Jahren. Die Parteien werden zunehmend von Menschen dominiert, die sich dem Rentenalter nähern oder es überschritten haben. Jüngere Menschen hingegen fremdeln mit ihnen.

Johanna Uekermann kennt das Problem. Die 26-jährige Bundesvorsitzende der Jusos, der Jugendorganisation der SPD, hofft zwar, dass man den Trend umkehren kann und sich mehr junge Leute politisch engagieren. Sie weiß aber auch, dass das

schwierig wird. „Das Verhältnis zum Engagement hat sich verändert“, sagt sie. Früher hätten lange Bindung zu Organisationen und Parteien einen höheren Wert gehabt, heute zählten kurzfristige Erfolge und Lösungen. Jugendliche hätten auch weniger Zeit. Und die klassische Ochsentour, die mühsame Jahrzehnte dauernde Parteikarriere durch Gemeinderäte und Landesverbände, schrecke ab. Da sei es leichter, junge Menschen für Organisationen wie die Jusos zu gewinnen als für die politische Arbeit in den Ortsvereinen. „Wir sind offener.“

Diese Einschätzung teilt der Vorsitzende der Jungen Union in Bayern, Hans Reichart. Es brauche Spaß und Gemeinschaft, um junge Menschen für Parteien zu begeistern, sagt er. Es gebe auch immer weniger Jugendliche. Wenn sie sich entscheiden, in die Politik zu gehen, müssten sie sich mit anderen Maßstäben messen lassen als früher, Fehler blieben länger haften. Freizeitaktionen wie Kanufahrten seien unerlässlich, um Mitglieder zu halten oder zu gewinnen. „Nur mit Politik geht es nicht.“

Mit Spaß und ausgefallenen Aktionen hat es auch Raphael Brandmiller immer wieder versucht. Er legte eine Blitzkarriere hin. Im Jahr 2000 trat er den Jusos in Augsburg bei und war kaum einen Monat danach schon ihr Schatzmeister. Brandmiller beschleunigte seine politische Karriere mit einem Knall und organisierte die Skate Night in der Stadt, eine Veranstaltung der Jusos, zu der seiner eigenen Überraschung tausende Besucher strömten. Nach einem Jahr hatte er es zum Vorsitzenden der Jusos in Augsburg gebracht. Er richtete Open-Air-Konzerte aus und stellte das Projekt „11Tausend“ auf die Beine: eine Wette, dass mindestens 11.000 Jungwähler sich an

den Kommunalwahlen 2008 beteiligen würden.

Brandmiller interessierte sich wenig für klassische Basisarbeit. Das machte ihm nicht nur Freunde. Aber er fiel auf, weil er eine Menge bewegte. Als er 2011 zu den Grünen wechselte, wurde sogleich gemunkelt, er würde als Oberbürgermeister kandidieren, und vielleicht wäre Brandmiller auch Kandidat geworden, hätte seine politische Karriere nicht ein turbulentes Ende gefunden. Beim Augsburger Stadtjugendring, deren Vorsitzender Brandmiller war, fehlten 500.000 Euro, die eine Mitarbeiterin über Jahre hinweg falsch verbucht hatte. Brandmiller zog sich als Vorsitzender zurück, und Oberbürgermeister-Kandidat wurde er auch nicht.

Man könnte seine Kritik an den Parteien als Reaktion eines Enttäuschten werten, aber das wäre zu einfach: Er hatte schon eine Abneigung gegen Basisarbeit, als er anfing. Parteien sind für ihn lediglich eine Grundlage, um politisch zu arbeiten. „Keine Religionen“, betont er.

Mit dieser Haltung ist er nicht allein. Junge Menschen seien gar nicht so wenig interessiert an Politik, betont der Politikwissenschaftler Lothar Probst von der Uni Bremen. „Aber es gibt eine gewisse Abneigung gegen Parteipolitik – stärker als früher“, sagt Probst, der zu den führenden Parteienforschern des Landes zählt. Er führt den Nachwuchsmangel deshalb auch auf einen Wandel der Gesellschaft und den Trend zur Individualisierung zurück.

Zudem seien sich die großen Parteien in Sachfragen mittlerweile sehr ähnlich, Grundsatzkonflikte wie um die Ostpolitik in den siebziger Jahren gebe es keine mehr. Das Grundproblem heiße aber: „Parteien sind nicht mehr sexy“, sagt Probst. Auf

vielen Veranstaltungen in Ortsvereinen gehe es um Satzungsfragen und Gerangel um Listenplätze. Das sei für junge Leute nicht nur dröge, sondern abschreckend.

Wie fremd sich Jugend und Parteien geworden sind, zeigt auch das Beispiel der Piraten. Sie traten an als Antipartei und trafen einen Nerv, der viele junge Leute anzog. Ab 2008 stieg die Zahl ihrer Mitglieder innerhalb von nur vier Jahren von 800 auf mehr als 34.000, auch wenn nur die Hälfte davon Beiträge zahlte. Die Piraten versprachen Mitbestimmung

„Die Strukturen der Parteien haben sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kaum geändert, sie sind festgefahren.“

Ex-Jungpolitiker Raphael Brandmiller

und Transparenz. Das kam gut an. Sie punktet mit Themen wie Datenschutz und Netzpolitik bei Jugendlichen, die sich sonst nicht politisch engagiert hätten.

Auch Lucas Stadelmeyer machte mit. Der 17-jährige Aichacher begann 2011, zum Stammtisch der Piraten in Friedberg zu gehen. Der Rest der Parteien, sagt er, sei ihm zu festgefahren vorgekommen. Mit den Piraten konnte er sich identifizieren. „Die Toleranz in der Partei war toll.“ Mit 15 wurde er Mitglied – und erlebte eine Art Abenteuer. Er besuchte Bundesparteitage und war erschlagen von den Eindrücken und der Stimmung. „Das war spannend, total faszinierend“, sagt er. Er erhielt viel Lob für einen Text, in dem er sich über das negative Bild der Partei in der Öffentlichkeit aufregte. Als ihn jemand fragte, ob er den Social-Media-Auftritt der Bundespartei be-

treuen wollte, sagte er nicht Nein. „Ich war zu dem Zeitpunkt vielleicht ein halbes Jahr Mitglied.“ Stadelmeyer lernte die aufregende Seite der Parteiarbeit kennen.

Er erlebte aber auch, dass Politik noch eine andere, weniger angenehme Seite hat – eine, die es Jugendlichen schwer macht, sich für sie zu begeistern. Im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2013 verteilte Stadelmeyer Flugblätter an Passanten und stand an verregneten Tagen an Infoständen, um mit Menschen zu diskutieren. Einige belächelten ihn, den Teenager, und interessierten sich nicht für die Positionen seiner Partei. Als die Piraten bei der Wahl nur 2,2 Prozent der Stimmen holten, war Stadelmeyer enttäuscht. So viel Arbeit zu investieren, sei angesichts des Ergebnisses zu schade, sagt er heute. Inzwischen sind 35 Prozent der zahlenden Piratenmitglieder ausgetreten. Stadelmeyer wird wohl bald folgen. Er hat wenig Zeit für Parteiarbeit, seit er eine Ausbildung zum Informatiker begonnen hat.

Doch der Trend bei den Mitgliedern macht allen Parteien zu schaffen. Politikwissenschaftler Probst sieht die Volksparteien gar als „organisatorische Rentnerparteien“. Das zeige sich nicht nur in ihren Strukturen – sondern auch in ihren Themen. Die Große Koalition kümmere sich vornehmlich um die Rentner und gebe für sie das meiste Geld aus.

Droht also eine Entwicklung, in der die Regierung langfristig Klientelpolitik für ältere Bevölkerungsschichten macht – einfach, weil die Parteien dort die Mehrzahl ihrer Mitglieder haben? Zumindest besteht die Gefahr, fürchtet Probst. „Je mehr Mitglieder Parteien haben, desto besser ist ihr Draht in der Gesellschaft.“ Den Draht zur Jugend scheinen die Parteien zu verlieren.

Der Staat schichtet um, die Studenten müssen warten

Bildung Der Bund ist künftig komplett für das Bafög verantwortlich. Mehr Geld gibt es zunächst nicht

Berlin Der Bund springt Ländern und Kommunen bei den Bildungsausgaben zur Seite. Vom kommenden Jahr an will er die Kosten für das Bafög komplett übernehmen. Das entlastet die Länder um 1,17 Milliarden Euro pro Jahr. Das frei werdende Geld sollen sie in Bildung und Wissenschaft stecken. Zum Wintersemester 2016/17 ist außerdem eine umfassende Bafög-Reform vorgesehen. Studenten können damit aber erst von Herbst 2016 an mit mehr Geld vom Staat rechnen.

Die Reform ist Teil einer Einigung von Bund und Ländern, die die Spitzen von Union und SPD am Montagabend abgesegnet haben. Kanzlerin Merkel (CDU), SPD-Chef Gabriel und der CSU-Vorsitzende Seehofer legten damit abschließend fest, wie die rund sechs Milliarden Euro für Bildung und Betreuung verteilt werden sollen,

die bereits im Koalitionsvertrag verankert sind.

Wie stark die Erhöhung der Ausbildungsförderung ausfällt, ist noch offen. Seit 2010 beträgt der maximale Bafög-Satz 670 Euro im Monat. Studierende erhalten die Leistungen je zur Hälfte als zinsloses Darlehen und als Zuschuss des Staates. Für die geplante Anhebung sind nach Angaben von Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) jährlich 500 Millionen Euro vorgesehen.

Die Übernahme des Bafög-Anteils der Länder von zuletzt 35 Prozent entlastet diese jährlich um 1,17 Milliarden Euro, wie Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) erläuterte. Zusammen sind das für die laufende Legislaturperiode 3,51 Milliarden Euro. Die bei den Ländern frei werdenden Gelder sollen zweckgebunden zur Finanzierung von Bildungsausgaben im Bereich

Hochschule und Schule verwendet werden. Eine gesetzliche Pflicht gibt es dazu aber nicht.

Damit sich der Bund unter bestimmten Voraussetzungen wieder dauerhaft direkt an der Finanzierung von Hochschulen beteiligen kann, soll das Grundgesetz ergänzt werden. Bisher hindert das Kooperationsverbot den Bund, Bildungsprojekte auf Länderebene langfristig zu fördern.

Von den versprochenen sechs Milliarden Euro sollen insgesamt mehr als fünf für Wissenschaft, Schulen und Hochschulen eingesetzt werden. Außerdem soll mehr Geld vom Bund in den Ausbau und die Qualität von Kitaplätzen fließen. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will bis 2017 hunderte Millionen Euro zusätzlich dafür ausgeben. Ein bereits vorhandenes Sondervermögen für Kinderbe-



Studenten können erst in zwei Jahren mit höherer staatlicher Unterstützung (Bafög) rechnen. Archivfoto: Jan Woitas, dpa

treuung von 450 Millionen Euro stockt der Bund dafür um 550 Millionen Euro auf. Damit sollen weitere Betreuungsplätze für Kleinkinder geschaffen und mehr Personal eingestellt werden. In den Jahren 2017 und 2018 stehen für den laufenden Betrieb von Kitas außerdem jeweils 100 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung.

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz (SPD), der mit Schäuble den Kompromiss ausgehandelt hatte, sprach von einer „guten Lösung durch einen Schritt nach vorne“. Der Opposition gehen die neuen Regelungen nicht weit genug. Das Bildungspaket sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein, sagte der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Anton Hofreiter. Für Kinderbetreuung käme für ein einzelnes Bundesland nur eine lächerliche Summe zustande. (dpa)